



PROTOKOLL

**LANDKREIS
ERDING**

öffentlich

**Büro des Landrats
BL**

Alois-Schieß-Platz 2
85435 Erding

Ansprechpartner/in:
Elfriede Mayer

Zi.Nr.: 209

Tel. 08122/58-1129
Fax 08122/58-1109
elfriede.mayer@ira-
ed.de

Erding, 16.07.2009
Az.:

5. Sitzung des Ausschusses für Bildung und Kultur am 06.07.2009

Anwesend und stimmberechtigt sind die Kreisräte:

Dr. Bauer, Thomas

Biller, Josef

Dieckmann, Ulla

i.V.v. Eichinger Gertrud

Fischer, Siegfried

Lackner, Helmut

i.V.v. Peis Hans

Mittermaier, Georg

Oberhofer, Michael

Parthier, Nadja

Patschky, Jürgen

Schmidt, Markus

Slawny, Manfred

Wegmaier, Alexander

sowie als Vorsitzender:

Landrat Martin Bayerstorfer

von der Verwaltung:

Kohout Caroline

Fischer Heinz

Mayer Elfriede (Protokoll)

Centner Christina



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Ferner nehmen teil:

Kreishandwerksmeister Waxenberger

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 15:05 Uhr. Er stellt fest, dass form- und fristgerecht geladen wurde und Beschlussfähigkeit besteht. Ergänzungs- oder Änderungswünsche werden nicht vorgetragen. Somit gilt folgende

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

1. Schulen des Landkreises
Kunst am Bau
Gemeinschaftskapelle auf dem Gelände der Dr.-Herbert-Weinberger-Schule
Vorlage: 2009/0511
2. Schulen des Landkreises
Antrag der CSU-Fraktion auf offene Ganztagesesschule
Vorlage: 2009/0512
3. Bekanntgaben und Anfragen
 - 3.1 Ökumenischer Kirchentag in München
 - 3.2 Anfrage von KR Patschky zum Gymnasium Dorfen
 - 3.3 Anfrage von KR Fischer zum Förderzentrum Dorfen



**1. Schulen des Landkreises - Kunst am Bau
Gemeinschaftskapelle auf dem Gelände der
Dr.-Herbert-Weinberger-Schule
Vorlage: 2009/0511**

Der **Vorsitzende** bittet Herrn Biller die Idee von einer Gemeinschaftskapelle auf dem Gelände der Berufsschule und die Art und Weise der Umsetzung mit der Schülerbeteiligung, Lehrerbeteiligung, etc. darzustellen.

Kreisrat Biller merkt an, er habe sich schon vor mehreren Jahren Gedanken zum Bau einer Gemeinschaftskapelle auf dem Gelände der Berufsschule gemacht. Nachdem inzwischen ein großes Schulgelände entsteht habe er den Gedanken wieder aufgegriffen. Der Begriff Gemeinschaftskapelle sei nur ein Arbeitstitel. Der versandte Entwurf sei von einem Lehrer in der Faszination der Idee gezeichnet worden.

Er denkt, einer Schule dieser Größenordnung würde ein Gemeinschaftsraum gut tun. Wichtig sei ein runder oder achteckiger Raum, ein Kreis, wo Schüler meditieren können, egal zu welchem Thema. Auch könnte das eine oder andere Projekt künstlerischer Art (Musik, Gesang) dort stattfinden.

Mit dem Bau könnte auch die Handwerkskunst dargestellt werden. Die Schüler könnten die Handwerkskunst mit Unterstützung der Handwerker erlernen. Es seien alle Gewerke an der Berufsschule vertreten (Maurer, Zimmerer, Schreiner, etc.). Der Kreishandwerksmeister sei heute auch anwesend. Der Eigentümer des Schulgeländes sei der Landkreis. Herr Biller hofft, die Zustimmung zu finden und einen Weg aufgezeichnet zu bekommen, dass die Schule in zwei Jahren zu einem schönen zusätzlichen Raum kommt.

Der Vorsitzende begrüßt den Kreishandwerksmeister Waxenberger.

Kreisrat Schmidt findet die Idee gut, auch um zu zeigen, was das Handwerk im Landkreis könne. Ihn stört ein bisschen der Begriff Gemeinschaftskapelle, der einen christlichen Hintergrund habe. Er denkt, gerade an der Berufsschule seien viele anders gläubige Schüler. Es wäre gut, den Raum möglichst neutral zu gestalten.

Kreisrätin Dieckmann stimmt der Aussage von Kreisrat Schmidt zu. Sie denkt, es sollten alle Glaubenssymbole vertreten sein. Sie fragt, wie groß der Gemeinschaftsraum gebaut werden solle.



Kreisrat Biller meint, es sollte eine Klasse darin Platz finden. Der Entwurf sei ein Achteck mit 8 m Außenbreite. Der Name für die Gemeinschaftskapelle sei offen.

Kreisrat Schmidt schlägt vor, den Bau „Gemeinschaftsraum“ zu nennen.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass an den Schulen in jedem Klassenzimmer als christliches Symbol ein Kreuz sei. Er denkt, es soll kein Sakralbau, sondern ein Gemeinschaftsraum werden. Trotzdem brauche die eigene Kultur nicht verheimlicht werden.

Sein Vorschlag sei, um auch die Umgebung einzubeziehen, einen Architekten zu bitten, Vorschläge zu erarbeiten. Auch eine Überlegung sei, die Kunstlehrerin an der FOS/BOS einzubinden, damit sie sich mit einer Gruppe von Schüler Gedanken mache, wo das Gebäude am besten wirken könnte, etc. Auch könnte der Kunstverein einbezogen werden. Diese Ideen möchte er dem Schulleiter mitgeben.

Er erinnert, an ein bereits umgesetztes Projekt am neuen Gymnasium, wo Wände mit Kunstgruppen gestaltet worden sind. Ähnliches könne er sich auch hier vorstellen.

Kreisrat Wegmeier denkt, man brauche sich der christlichen Werte nicht schämen. Er könnte sich als dezentes Symbol des Christentums z.B. ein Kreuz in Form einer Lichtinstallation vorstellen.

Kreisrätin Parthier fragt nach den Kosten. Diese zu wissen wäre interessant, bevor der Beschluss gefasst werde, sie müssen im finanziellen Rahmen des Landkreises sein. Sie denkt, die Kosten für einen Architekten seien sicher vom Landkreis zu zahlen. Sie fragt, mit welcher Höhe die Materialkosten, Arbeitsleistungen, etc. gerechnet werden.

Der Vorsitzende sagt, eine Summe könne jetzt noch nicht genannt werden. Die Bereitschaft von Schülern und Lehrkräften werte er als positiv, weil es den gemeinsamen Charakter deutlich mache. Dass der Landkreis einen Teil mit dazu beitragen sollte, sei selbstverständlich. Er werte es auch als positiv, dass Handwerksbetriebe einen Beitrag leisten werden und die Kreishandwerkerschaft sich finanziell einbringen wolle und auch mit Rat und Tat zur Seite stehen werden.

Kreisrat Biller sagt, die Zusammenarbeit mit den dualen Partnern werde sich so gestalten, dass die Dinge, die vor Ort an der Schule von der Ausstattung her mit den Werkzeugen gemacht werden können, erledigt werden. Die Signale seien ihm gegenüber gegeben worden, dass die Betriebe das Ganze in voller Weise unterstützen.

Er merkt an, wenn er das Thema Kunst am Bau als Titel genommen habe, habe er auf die fast 5 ha Größe des Schulgeländes hinweisen wollen, weil bei den Schulen, zumindest im Außenbereich in dem Bereich nichts passiert sei und der Landkreis Mittel einsetzen kann. Es sollten ansonsten alle Möglichkeiten von Sponsoring genutzt werden.

LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL



Der Vorsitzende empfiehlt, im Haushalt 2010 einen Kostenansatz bei den Haushaltsberatungen mit aufzunehmen.

Kreisrat Schmidt stimmt zu, christliche Symbole mit einzurichten. Der Bau sollte aber ein neutraler Gemeinschaftsraum sein.

LANDKREIS
ERDING

Kreisrat Oberhofer denkt, der Bau sollte für den Landkreishaushalt so billig wie möglich werden. Das Gebäude sollte weit mehr werden, als nur da zu stehen. Er denkt, dass es durch diejenigen, die sich beteiligen ein preiswertes, hochwertiges Objekt werden kann. Alles auf den Landkreis zu initiieren, sei auf Dauer nicht richtig.

Büro des Landrats
BL

Der Vorsitzende stimmt dem zu, es soll eine Maßnahme sein, bei der nicht bis zum Letzten gesagt werde, was gebe es billiger. Er findet es eine hervorragende Idee, dass ein Gemeinschaftswerk von allen Beteiligten entstehen soll. Das sei der wichtigste Beitrag.

Kreisrat Fischer denkt, es werde sich keiner gegen den Vorschlag aussprechen. Wenn der Beschluss heute gefasst wird, kann Herr Biller ein Konzept erarbeiten.

Kreisrätin Parthier merkt an, es sei gesagt worden, dass sich die Schüler daran beteiligen. Jedoch müssen auch die Kosten für Material, etc. aufgebracht werden. Sie möchte im Beschluss festgehalten haben, dass die Schülerschaft die Bauleistung übernehme.

Nachdem sich keine weiteren Wortmeldungen ergeben, formuliert der Vorsitzende folgenden Beschlussvorschlag:

ABiKu/0010-14

Der Landkreis Erding unterstützt grundsätzlich das Projekt „Gemeinschaftsraum“ auf dem Gelände der Dr.-Herbert-Weinberger-Schule.

Hierzu ist es sinnvoll, einen Architekten hinzuzuziehen.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 13 : 0 Stimmen.**

2. Schulen des Landkreises **Antrag der CSU-Fraktion auf offene Ganztageschule** **Vorlage: 2009/0512**

Der Vorsitzende erklärt, die Veröffentlichung des Bayer. Staatsministeriums für Unterricht und Kultus sei als Anlage mit versandt worden. Nachdem die Anträge fristgerecht gestellt werden müssen, müssen auch die Schulen, die bisher durch den Hausaufgabenverein betreut worden sind (Anne-Frank-Gymnasium, neues Gymnasium und Herzog-Tassilo-Realschule) die konkreten Konzepte vorlegen.

Es sollte deshalb geklärt werden, ob das grundsätzlich von Seiten des Landkreises unterstützt werden soll. Der festgelegte Kostenanteil des Landkreises sei mit 5.000 € beziffert. Wie ihm geschildert worden sei, sei der Hausaufgabenverein der Träger, der die Ganztagesbetreuung derzeit



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

schon zur Zufriedenheit leistet. Er befürwortet es deshalb, dass der Landkreis 5.000 € Personalkostenzuschuss pro Gruppe zahlt. In der Zwischenzeit würden nach Aussage von Herrn Geist (Hausaufgabenverein) für die drei Schulen 11 Gruppen angemeldet. Für jede Schule sei ein eigenes Konzept Voraussetzung. Die Konzepte von der Herzog-Tassilo-Realschule und vom Anne-Frank-Gymnasium liegen bereits vor. Das Konzept vom neuen Gymnasium werde in den nächsten Tagen vorgelegt werden.

Kreisrat Mittermaier sagt, der Termin sei der 01. Juli bei der Reg. von Obb.

Kreisrätin Dieckmann stört, dass der Antrag als ein Antrag der CSU-Fraktion auf die Tagesordnung gekommen sei. Die Verhandlungen haben schon längst stattgefunden. Ihrer Meinung nach wäre es normal gewesen, wenn der Antrag von der Verwaltung gestellt worden wäre. Sie erinnert, vor zwei Jahren sei im Jugendhilfeausschuss ein Antrag auf Bezuschussung des Hausaufgabenvereins mit Mehrheit der CSU abgelehnt worden.

Sie denkt, der Landkreis könne froh sein, den Hausaufgabenverein zu haben. Der Vorstand arbeitet ehrenamtlich. Sie denkt, dass im nächsten Jahr noch mehr Schulen Anträge stellen werden. Ein Problem werden die notwendigen Räumlichkeiten für die Ganztagesbetreuung sein. Sie stimmt dem Antrag zu.

Der Vorsitzende betont, es sei bisher kein Antrag für eine Ganztagesbetreuung gestellt worden, die CSU-Fraktion habe als einzige den Antrag gestellt. Schulen seien in den Kreisgremien nicht antragsberechtigt. Die Möglichkeit der Antragstellung gebe es seit Februar, als die Kommunalen Spitzenverbände sich mit der Staatsregierung geeinigt haben, dass die offene Ganztagschule angeboten wird. Das sei eine rein freiwillige Aufgabe des Landkreises. Er erklärt, wenn dazu im Gremium kein Antrag gestellt wird, können nicht rd. 55.000 € außerplanmäßige Ausgaben bereitgestellt werden.

Er erinnert, dass damals im Jugendhilfeausschuss besprochen worden sei, dass er sich bemühe, durch Sponsoren Geld für den Hausaufgabenverein zu bekommen. Zudem gebe es keine Vorschrift, wer was beantragen darf oder kann.

Kreisrat Schmidt fragt, was wäre, wenn die CSU den Antrag nicht gestellt hätte.

Der Vorsitzende verweist auf die Geschäftsordnung. Es sei klar geregelt, dass jeder Kreisrat ein Antragsrecht habe. Nichtmitglieder des Kreistages haben kein Antragsrecht, weder Schulen noch sonstige Einrichtungen.

Kreisrat Wegmaier weist darauf hin, dass der Antrag auf Bezuschussung des Hausaufgabenvereins mit vier Gegenstimmen abgelehnt worden sei.

Der Vorsitzende betont, der Hausaufgabenverein sei mit Sponsorengeldern unterstützt worden.



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Kreisrat Oberhofer stellt fest, wenn ein Antrag aus einer Fraktion gestellt wird, sei zu prüfen, ob er mehrheitsfähig sei. Im Ergebnis sei es nicht entscheidend, wer den Antrag gestellt habe. Ein guter Antrag finde Mehrheiten. Er denkt, die Schüler sollten die bestmögliche Förderung bekommen.

Der Vorsitzende sagt, deshalb sollten auch im kommenden Haushalt die erforderlichen Mittel bereitgestellt werden.

Kreisrat Fischer stellt fest, es gehe dabei um 11 Gruppen.

Der Vorsitzende erklärt, am Anne-Frank-Gymnasium seien es fünf Gruppen, an der Herzog-Tassilo-Realschule drei Gruppen und am neuen Gymnasium ebenfalls drei Gruppen. Pro Gruppe dürfen 12 Schüler teilnehmen.

Kreisrat Fischer fragt, ob darüber eine Aussage getroffen werden kann, ob im nächsten Jahr weitere Gruppen entstehen werden.

Kreisrat Mittermaier erklärt, heuer sei es die Ausnahme, weil die offene Ganztagschule so spät beschlossen worden sei. Die Anträge der Schulen werden sich aufgrund der Schülerzahlentwicklung jedes Jahr ändern und neu im Gremium zu behandeln sein. Die Anträge werden künftig aber früher gestellt werden.

Kreisrat Fischer weist darauf hin, dass die Finanzierung ausschließlich über die Kreisumlage erfolgt. Er fragt, ob die erforderlichen Räumlichkeiten vorhanden seien.

Der Vorsitzende sagt, bezüglich der 11 Gruppen seien derzeit die Räumlichkeiten vorhanden. Herr Geist habe mitgeteilt, dass die Unterbringung von mehr als 11 Gruppen nicht möglich sei.

Kreisrat Patschky stellt fest, es seien 11 Gruppen in Erding ohne Dorfen und Taufkirchen. Auch die Mädchenrealschule in Hl. Blut könnte dazu kommen.

Der Vorsitzende antwortet, bisher liegen keine weiteren Anträge vor. Bei der Mädchenrealschule Hl. Blut sei nicht der Landkreis der Sachaufwandsträger, sondern das Ordinariat. Er weist darauf hin, das Bayer. Staatsministerium für Unterricht und Kultus habe mit Schreiben vom 18.05.2009 alle Hauptschulen, Förderschulen, Realschulen, Gymnasien und Wirtschaftsschulen in Bayern über die Organisation und Finanzierung der offenen Ganztagschule im Schuljahr 2009/2010 informiert.

Kreisrat Patschky fragt nach den Auswirkungen im Haushalt. Er findet die Bemessung der Zuwendungsbeiträge mit 5.000 € für den Landkreis (Seite 10) schon hoch und nicht richtig verteilt.

Der Vorsitzende antwortet, der Punkt sei so mit den kommunalen Spitzenverbänden ausgehandelt worden. Das freiwillige Angebot könne geschaffen werden. Dies sei sinnvoll, unabhängig von den Kosten. Nachdem selbst der Bayer. Gemeindetag bei den Verhandlungen mit dabei gewesen sei und dem auch zugestimmt habe, gehe er davon aus, dass das auch mitgetragen wird.



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Kreisrat Biller merkt an, auf Seite 10 steht auch: „Der Bemessung der Zuwendungsbeträge liegen – wie bei staatlichen Schulen – ebenfalls der jeweilige Gegenwert der Lehrerwochenstunden je Schulart und die Pauschale von 6.000 € zugrunde...“. Es werden auch die Lehrerstunden, die vom Freistaat Bayern gezahlt werden müssen, eingerechnet.

Der Vorsitzende sagt, wegen der Bereitstellung von Finanzmitteln sei deshalb auch darüber zu entscheiden.

Kreisrätin Dickmann befürchtet, dass aufgrund der Eingangsklassen noch mehr Anträge kommen und besonders an der Herzog-Tassilo-Realschule die Räumlichkeiten nicht ausreichen werden.

Kreisrat Mittermaier denkt, es sollte angeregt werden, durch verschiedene Kooperationsmodelle Kosteneinsparungen zu erreichen. Nachdem die Anträge künftig eher gestellt werden müssen, werde das besser zu planen sein. Er berichtet, dass durch entsprechende Kooperationsformen auch Realschüler mit betreut würden.

Der Vorsitzende meint, deshalb sei es nicht sicher, ob z.B. die Realschule Taufkirchen künftig einen Antrag stellen wird. Die Realschule Taufkirchen habe einen Kooperationsvertrag mit der Hauptschule.

Kreisrat Dr. Bauer weist darauf hin, haushaltsrechtlich werde heuer nur ein Teil der Kosten noch relevant werden. Dreiviertel der Kosten werden vom Freistaat übernommen.

Der Vorsitzende sagt, das Anliegen von Kreisrat Fischer war, ob der Freistaat nicht die gesamten Kosten übernehmen könnte.

Kreisrat Fischer denkt, Kreisrat Hofstetter werde für die Hauptschule Taufkirchen versuchen, eine Kooperation mit der Realschule Taufkirchen einzugehen und nicht umgekehrt. Er erkennt die Notwendigkeit der Maßnahme, befürchtet aber, dass die Investitionen wegen der Raumnot mehrere 100.000 € verursachen könnte und alles über die Kreisumlage zu zahlen sei. Irgendwann wisse er nicht mehr, woher das Geld in den Gemeinden kommen soll. Es sollte deshalb die Finanzierung schon überlegt werden. Es kommt die Zeit, dass viele Dinge von den Gemeinden nicht mehr bezahlbar seien. Dabei sei nicht nur die Rede von der Stadt Erding und der Gemeinde Oberding, sondern auch von anderen Gemeinden.

Der Vorsitzende verweist auf die letzten Sätze im Beschlussvorschlag und denkt, dass damit die Interessen aller getroffen werden. Die Konzepte können überprüft werden. Mit den Schulen werden entsprechende Vereinbarungen geschlossen, die zu den Haushaltsberatungen 2010 erneut beraten werden können. Der Vorsitzende stellt fest, die Finanzierung sei schwierig, doch müsse die derzeitige Situation gesehen werden. Der Landkreis müsse sich auf die gesellschaftlichen Entwicklungen einstellen. Er weiß, dass bei den Haushaltsberatungen jeder Bereich der wichtigste sei und jeder Sachgebietsleiter in seinem Bereich keine Streichungen möchte. Er denkt, im Bereich der Betreuungseinrichtungen, der Bildung gebe es die höchste Priorität und deswegen sollte dem Antrag zugestimmt werden.



Kreisrätin Dieckmann stimmt der Aussage zu. Es finde auch eine echte Förderung statt. Sie denkt, die Schüler seien nicht nur „aufgehoben“, sondern werden auch besser gefördert. Bis jetzt sei der Kostenbeitrag relativ hoch gewesen und viele Eltern haben sich das nicht leisten können. Sie denkt, dass die Förderung auch bei den Förderschulen wichtig sei.

Der Vorsitzende erklärt, die Förderschulen seien dabei nicht berücksichtigt. Derzeit soll die offene Ganztagschule nur an den drei genannten Schulen gefördert werden. Bei den Förderschulen sei eine gebundene Ganztagschule in der Überlegung. Diese Möglichkeit eröffne sich nur, wenn zwei Klassen in einer Jahrgangsstufe angeboten werden können, weil eine Auswahl gegeben sein müsse. Damit wäre die Förderschule in Dorfen mit einer Klasse pro Jahrgang nicht dabei. An der Förderschule in Erding sei die Situation anders.

Nachdem sich keine weiteren Wortmeldungen ergeben, bringt der Vorsitzende folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

ABiKu/0011-14

Der Landkreis Erding stimmt als Sachaufwandsträger der Einrichtung von Ganztagesklassen an den in seiner Trägerschaft stehenden Schulen zu und erklärt die Bereitschaft, den Kostenanteil von 5000,- € pro Gruppe und Schuljahr zu übernehmen. Voraussetzung dafür ist, dass die Schulen dies unter Vorlage schlüssiger Konzepte beantragen. Es wird erwartet, dass die Schulen durch Kooperation innerhalb der Schulen und zwischen den Schulen am gleichen Ort die zusätzlichen Haushaltsmittel sparsam und wirtschaftlich einsetzen.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 13 : 0 Stimmen.**

3. Bekanntgaben und Anfragen

3.1 Ökumenischer Kirchentag in München

Der Vorsitzende informiert, bei einer Vorsprache von Dr. Vesper, Generalsekretär des Zentralrates der deutschen Katholiken, Herrn Röcher und Frau Borucke vom Kirchentag sei der Landkreis Erding um Unterstützung bei der Unterbringung von Teilnehmern zum 2. Ökumenischen Kirchentag in München vom 12. bis 16. Mai 2010 gebeten worden. Es werden mehr als 100.000 Teilnehmer erwartet. Es werde um eine Zusage gebeten, dass für ca. 30.000 Teilnehmer in den Schulen des Landkreises im Bereich der Stadt Erding (beide Gymnasien und Herzog-Tassilo-Realschule und Berufsschule) Unterbringungsmöglichkeiten zur Verfügung gestellt werden. An den Schulen sei an den Tagen schulfrei.

3.2 Anfrage von KR Patschky zum Gymnasium Dorfen

Kreisrat Patschky fragt nach der Situation am Gymnasium Dorfen. Nachdem Schulentwicklungskonzept müssten bis 2012 die räumlichen Verhältnisse ausreichend sein. Er habe nun gehört, dass in einer Sitzung des Ausschusses für Bauen und Energie davon gesprochen worden sei, dass dem nicht so sei.



LANDKREIS
E R D I N G

Büro des Landrats
BL

Der Vorsitzende antwortet, darüber sei derzeit noch keine Aussage möglich. Der Schulleiter habe gebeten, bei den jetzigen Brandschutzsanierungsmaßnahmen zu berücksichtigen, ob dadurch eine Erweiterungsmöglichkeit beschränkt werde.

Der Schulleiter geht davon aus, dass ein größeres Lehrerzimmer und zusätzliche Kursräume notwendig werden und auch die Situation mit den Containern keine Dauerlösung sein sollte.

Die Architekten haben sich damit befasst und festgestellt, dass es möglich wäre, eine zusätzliche Turnhalle mit einer Aufstockung zu errichten, um Räume (Lehrerzimmer, Bibliothek, Kursräume, etc.) unterzubringen.

Die generelle Überlegung sei, eine Erweiterung erst zu prüfen, wenn sich die Aussage erhärtet. Dazu müssen erst Gespräche mit dem Gutachter, Prof. Kainz von der FH geführt werden. Dies eile jedoch nicht, weil die Architekten bestätigt haben, dass die Brandschutzsanierungsmaßnahmen unabhängig davon durchgeführt werden können.

Kreisrat Patschky denkt, dass eine Erweiterung erst im Ausschuss für Bildung und Kultur besprochen werden müsste. Er fragt, was ein Schulentwicklungskonzept für einen Zeitraum bis 2012 bringe, wenn sich die Situation nach einem Jahr schon wieder anders darstellt.

Der Vorsitzende antwortet, wenn eine Erweiterung des Gymnasiums Dorfen angedacht sein sollte, werde der Ausschuss für Bildung und Kultur damit befasst. Es sei im Ausschuss für Bauen und Energie nachgefragt worden, ob die Brandschutzsanierungsmaßnahmen mit dem Hintergrund sinnvoll seien.

Die Architekten haben bestätigt, dass ein Anbau weiter möglich wäre und trotzdem die Brandschutzsanierungsmaßnahmen durchgeführt werden können.

3.3 Anfrage von KR Fischer zum Förderzentrum Dorfen

Kreisrat Fischer fragt, warum mit den Arbeiten zum Umbau des Förderzentrums Dorfen noch nicht begonnen worden sei. Ihn interessiert, ob bei der Maßnahme eine Nachmittagsbetreuung berücksichtigt worden sei oder ein zusätzliches Raumangebot erforderlich werden wird.

Der Vorsitzende berichtet, diese Frage sei auch der Schulleiterin bei der Beratung im Ausschuss für Bauen und Energie gestellt worden. Frau Schober habe gebeten, das beantragte bisherige Konzept umzusetzen, ohne eine Ganztagesbetreuung zu berücksichtigen.

Weitere Wortmeldungen ergeben sich nicht. Der Vorsitzende beendet die Sitzung des Ausschusses für Bildung und Kultur um 16.10 Uhr.

Vorsitzender

Protokoll

Martin Bayerstorfer
Landrat

Elfriede Mayer
Verwaltungsangestellte